



"Empörung entschuldigt nicht Menschenverachtung"

Generaldebatte im Bundestag beschäftigt sich auch mit Ausschreitungen von Chemnitz

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach dem Tötungsdelikt und den Ausschreitungen von Chemnitz einen starken Rechtsstaat und die Achtung der Menschenwürde angemahnt. Straftaten gehörten aufgeklärt, die Täter vor Gericht gestellt und mit voller Härte der Gesetze bestraft, sagte die Bundeskanzlerin in der Generaldebatte des Bundestags. Ähnlich äußerten sich auch Unionsfraktionschef Volker Kauder und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt.

Bundeskanzlerin Merkel machte in ihrer Rede auch deutlich, dass sie die Empörung nach der Tötung eines Menschen in Chemnitz verstehe. „Solche Taten ma-



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2019 im Plenum des Bundestages

chen mich betreffen und machen uns alle be- Seite 2

Haushaltentwurf für 2019 eingebracht. Rief spricht zum Gesundheitshaushalt

Als Verantwortlicher der Unionsfraktionen im Haushaltsausschuss für den Gesundheitshaushalt sprach Josef Rief am Freitag zum vorgelegten Entwurf. Zu Beginn bedankte er sich bei Bundeskanzlerin Merkel und Bundestagspräsident Schäuble für ihre klaren Worte in der aktuellen Diskussion um die Vorkommnisse in Chemnitz. Des Weiteren nahm er Bezug auf die Seelennot der Menschen, die in Teilen der Gesellschaft für Unzufriedenheit Sorge, wie es ein Pfarrer aus seiner Heimat sagt. Rief machte darauf aufmerksam, dass in Hamburg Kinder demonstrierten um auf die übermäßige Handynutzung ihrer Eltern aufmerksam zu machen und mehr Zeit für sich einzufordern.

Der Gesundheitshaushalt trage der Chancen und Herausforderung der Zukunft Rechnung. „Dabei kommen wir nicht nur unserer Verantwortung im Inland nach, sondern verstärken auch unser Engagement für eine bessere internationale Gesundheit. Die WHO ist hier als Hauptträger zu nennen. Der Kampf gegen Infektionskrankheiten wie Ebola muss weitergehen, gerade in einer globalisierteren Welt, auch zu unserem eigenen Schutz“, so Rief.

Investitionen in Pflege stünden ebenso im Fokus wie die Förderung von Versorgungs- und Ausbildungsmo-



Josef Rief bei seiner Haushaltsrede in dieser Woche zum Einzelplan des Bundesgesundheitsministeriums

dellen, die uns im Bereich Versorgung auf dem Lande, Pflege und Rehabilitation. „Für Forschung werden im kommenden Jahr im Gesundheitsbereich insgesamt über 105 Millionen Euro bereitgestellt. Von Stillstand oder Rückwärtsgerichtetheit kann also nicht die Rede sein, auch wenn die Oppositionsfraktionen sich in dieser Woche viel Mühe gegeben haben, das immer wieder zu behaupten.“ so Rief im Plenum.

Mit 14 Millionen Euro in den kommenden 4 Jahren werde auch die Patientensicherheit verbessert und dabei der Fokus auf den Kampf gegen Krankenhausinfektionen gelegt. Rief wies darauf hin, dass mit 14,5 Milliarden Euro der Löwenanteil des Gesundheitshaushalts an die gesetzlichen Krankenversicherungen gehe. ■

Fortsetzung von Seite 1

treffen“, sagte sie. „So sehr ich die Empörung verstehe und teile, so lasse ich nicht gelten, dass diese eine Entschuldigung ist für menschenverachtende Demonstrationen.“

Artikel 1 des Grundgesetzes gelte für jeden Menschen und wer dagegen verstoße, „legt die Axt an die Wurzel des Zusammenlebens“, betonte die Kanzlerin. Als völlig fehl am Platze bezeichnete sie Pauschalurteile über Sachsen oder andere Bundesländer. Man werde aber auch nicht zulassen, dass ganze Gruppen in der Gesellschaft wie Juden oder Muslime ausgegrenzt werden. Sie gehörten genauso wie Christen und Atheisten zu unserer Gesellschaft. „Es gelten bei uns Regeln, und diese Regeln können nicht durch Emotionen ersetzt werden, das ist das Wesen unseres Rechtsstaats.“

Das machte auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt klar. Die Tat Chemnitz müsse verfolgt und hart bestraft werden. Es sei verständlich, so Dobrindt, dass Menschen sich über die Geschehnisse empören. Klar sei aber auch, dass die Empörung rechtsstaatlich sein muss. Radikale Hetze, Hitlergrüße oder Anschläge auf jüdisches Leben dürften kein Platz in der Gesellschaft haben.

Nach den Worten der Kanzlerin ist es „eine gute Nachricht für die junge Generation“, dass die Bundesregierung den fünften Haushalt in Folge ohne neue Schulden aufstelle. Im Herbst würden voraussichtlich erstmals über 45 Millionen Menschen erwerbstätig sein. „Wir können alle gemeinsam stolz auf diese Erfolge sein“, so Merkel.

Zuvor hatte Bundeskanzlerin Merkel noch einmal die Entlastungen dieser Wahlperiode deutlich gemacht: Bürger würden ab kommendem Jahr durch ein Ab-

schmelzen der sogenannten kalten Progression, höhere Freibeträge bei der Steuer, ein höheres Kindergeld und höhere Kinderfreibeträge um rund zehn Milliarden Euro im Jahr entlastet. Mit dem Baukindergeld, einer stärkeren Förderung des sozialen Wohnungsbaus und besseren Abschreibungsmöglichkeiten werde man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in den kommenden Jahren 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden. „Wir müssen den Menschen auch immer das sagen, was gelingt“, verlangte die Kanzlerin.

Zudem seien auch der Rechtsstaat und die innere Sicherheit ein großes Thema für die Unionsfraktion, ergänzte Unionsfraktionschef Kauder. "Es ist nicht akzeptabel, dass immer wieder bei Tötungsdelikten oder schwerer Kriminalität die Aussage kommt, einer der Täter hätte schon längst abgeschoben werden müssen", sagte Kauder. "Die Abschiebung vor allem von Straftätern muss eine große Kraftanstrengung in unserem Land werden." Kauder verlangte, dass die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag, etwa zu den Ankerzentren, jetzt zügig umgesetzt werden.

Jedes Tötungsdelikt sei ein schwerer Angriff auf unsere Rechtsordnung, sagte Kauder. Er verstehe die Empörung der Menschen nach solchen Taten. "Wenn dann Demonstrationen stattfinden und man nicht bereit ist, sich von Rechtsextremisten zu trennen, ist das kein Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft", mahnte der Fraktionschef und sagte an die Adresse der AfD: "Die Maske der Bürgerlichkeit ist bei Ihnen gefallen. Sie sind keine bürgerliche Partei und Sie sind keine Patrioten." ■

Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb



Besuch aus dem Landtag

Die CDU-Landtagsfraktion aus Baden-Württemberg war zu Gesprächen in Berlin. Die Landtagskollegen aus dem Bundestagswahlkreis von Josef Rief, Thomas Dörflinger und Raimund Haser, schauten auch in Riefs Büro im Bundestag vorbei. ■

